



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 81831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/209 - 15. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> |  | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|--|----------------|
| 1 - 4         | Der Parteitag der französischen Sozialisten<br>Von Günter Markscheffel   | 162            |
| 5 - 7         | Die Sorgen der Gemeinden<br>Die VI. Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD -<br>Gemeindenot ist Jedermanns-Not | 125            |
| 8             | Absage an Gewerkschaftsspalter<br>Binnischung von aussen verbeten  | 36             |
| 8             | Japan als Beispiel<br>Japaner wollen nicht für fremde Interessen sterben   | 17             |

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Der Parteitag der französischen Sozialisten

von Günter Markscheffel

Der Jahreskongress der Sozialistischen Partei Frankreichs war mit seinen Diskussionen das genaue Spiegelbild einer Situation, die von den einen als "dramatisch", von den anderen als "Start zu neuen Ufern" bezeichnet wird. Es gab bei den Befürwortern des de Gaulle'schen Verfassungsentwurfes und bei denen, die ihn ablehnten, eigentlich keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß sich die "Vierte Republik" an ihrer eigenen inneren Zerrissenheit, ihrer Funktionsunfähigkeit - im wahrsten Sinne des Wortes - selbst aufgegeben hat. Aber bereits diese Feststellung zwingt den Beobachter, den objektiven Betrachter der Vorgänge innerhalb der SFIO und ihres diesjährigen Parteitages, zu der Frage, wie es möglich ist, daß eine so lebendige Partei fast völlig auf die Analyse der Umstände verzichtet, die zum 13. Mai 1958, also zur Kapitulation der bis dahin gültigen parlamentarischen Demokratie geführt haben.

Gewiß, es waren Ansätze zu einer solchen Analyse vorhanden; sie blieben aber im Ringen um das "Ja" oder "Nein" zum Verfassungsentwurf stecken. Ein so kluger und vorsichtiger Mann wie der frühere Innenminister Jules Moch streifte dieses Problem, als er sagte, die Partei müsse sich ein Programm geben, das den Gegebenheiten der modernen Entwicklung angepaßt sei.

Ausgebliebene Fragestellung

Andere sprachen auch davon, aber die Analyse, von der ausgehend dieses neue Programm entwickelt werden könnte, blieb aus. Es wurde nicht die Frage gestellt, wie es möglich war, daß nach vieljähriger Regierungsbeteiligung und zum Teil sogar Regierungsführung, der Staat und seine Institutionen sowie seine Exekutive einfach nicht mehr im Sinne der Abwehr eines Militärputsches funktionierten.

Hier ist bei aller Hochachtung vor dem Niveau der Auseinandersetzungen auf diesem Parteitag das Kriterium für die Beurteilung dessen, was die SFIO nach dem erneuten Sieg ihres Generalsekretärs und de Gaulle-Ministers Guy Mollet jetzt und in Zukunft zu tun in der Lage sein wird.

Es gab lange und sehr interessante Diskussionen über den Text des Verfassungsentwurfes. Leidenschaftlich wurde um das Für und Wider mit einer erfreulichen Offenheit und sogar Schärfe gerungen. Natürlich entging auch den französischen Sozialisten hierbei nicht die alte Wahrheit, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Und so ergab es sich bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen bald, daß die Entscheidung für ein "Ja" oder "Nein" weniger in einzelnen Buchstaben des Verfassungstextes zu suchen sei, als

vielmehr in der Beurteilung der Chancen, was alles mit dieser Verfassung gemacht werden kann. Ob man sich als sozialistische Partei durch ein "Ja" zum Gefangenen oder Komplizen einer nicht übersichtbaren Entwicklung macht - einer Entwicklung, die doch zur Militärdiktatur führt, die man im Mai verhindern wollte - oder ob das Nein die freiwillige Ausschaltung von der Mitarbeit an der Lösung der großen ökonomischen und politischen Probleme Frankreich bedeutet.

### Unüberwindbare Gegensätze

Die auf dem Parteitag zu Tage getretenen Gegensätze in der Beurteilung dieser Fragen waren unüberwindbar. Die Minderheit ist der Meinung, daß schon jetzt die Demokratie nicht mehr existiert ( Polizeimaßnahmen, Zensur, einseitige Radiosendungen, Druck der Militärs auf das politische Geschehen ) während die Mehrheit in diesen Erscheinungen, deren Existenz sie nicht bestreitet, etwas Vorübergehendes sieht, dessen Beseitigung in dem Maße möglich sein wird, in dem die Partei de Gaulle eine demokratische Stütze ist. Die Hauptentscheidung des Parteitages zur Frage des Verfassungsentwurfs - "Ja" oder "Nein" zur Verfassung - wurde mit 2790 Ja-Stimmen gegen 1166 Neinstimmen bei 62 Enthaltungen angenommen.

Hinter allen diesen Erwägungen aber steht das ungelöste Algerienproblem. Einmütigkeit besteht offenbar in der Partei darüber, daß das Algerienproblem nicht mit ausschließlich militärischen Mitteln gelöst werden kann. Aber jenseits dieser gemeinsamen Grundhaltung liegt das Dilemma. Guy Mollet sagte z. B., man müsse mit allen Gutwilligen verhandeln, ohne zu präzisieren, wen er mit den "Gutwilligen" meint, während Defferre und andere Verhandlungen auch mit denen fordern, "gegen die wir jetzt kämpfen". Zum Erstaunen vieler Delegierter, auch ausländischer Gäste, meinte Mollet, man könne keine Detailforderung für die Lösung des Algerienproblems aufstellen, "um de Gaulle die Aufgabe nicht noch schwieriger zu machen, als sie es ohnehin schon ist". War das die Sprache des de Gaulle-Ministers Mollet oder die des Generalsekretärs der sozialistischen Partei Frankreichs? "On verra" - man wird sehen - sagten viele Delegierten ...

### Unabhängigkeit Algeriens abgelehnt

Wie dem auch sei: Die SFIO setzt sich für Verhandlungen "mit allen qualifizierten Kräften" in Algerien ein, lehnt die Lösung des Algerienproblems mit ausschliesslich militärischen Mitteln ab und befürwortet ein Statut, das in freier Entscheidung aller Interessierten erarbeitet wird. Eine Entschliessung, von dem Bürgermeister von Toulouse, Badiou, eingebracht, in der die Unabhängigkeit Algeriens gefordert wurde, verfiel mit 611 gegen 3370 Stimmen der Ablehnung.

Die Mehrheit des Parteitagés glaubt, dass auch de Gaulle eine liberale Lösung des Algerienproblems anstrebt, während die Minderheit der Überzeugung ist, dass der General - selbst wenn er es wollte - von den Militärs und den "Colons" daran gehindert wird, derartige Pläne zu verwirklichen. Auch in diesem Punkt ist die Politik der SFIO also auf dem guten Glauben und die Hoffnung aufgebaut, dass de Gaulle seine offenbar gegebenen Versprechungen einlösen wird.

### "Keine Erklärung ist nicht ein Abschied"

Alle diese Unklarheiten sprach Edouard Depreux, Abgeordneter des Departements Seine offen aus. Er wurde zum Interpreten der Minderheit, die entschlossen ist, das "Nein" zum Verfassungsentscheid öffentlich zu vertreten, auch nachdem der Parteitag sich für das "Ja" ausgesprochen hat. "Die jetzige Regierung Frankreichs ist nicht faschistisch", sagte Depreux, "aber der Faschismus ist heute in Algerien zu hundert Prozent von den Leuten realisiert, die unter dem General aufgezwungen hat." Und: "Wie sieht das politische Programm des Mannes aus, dem wir alle Vollmachten gegeben haben und noch geben sollen?" Depreux sprach im Namen einer Gruppe von zehn Abgeordneten und etwa dreissig anderen namhaften Persönlichkeiten der Partei. Tiefe Stille herrschte im Kongress, als er erklärte: "Ich vergesse nicht die Freundschaften in der Partei. Keine Erklärung ist nicht ein Abschied. Ich hoffe, allen 'Auf Wiedersehen' sagen zu können, auf ein Wiedersehen, um den Sozialismus zu verwirklichen."

Das von Depreux verlesene Manifest trägt - um nur einige zu nennen - die Unterschriften von Robert Verdier, früherer Fraktionsvorsitzender, Daniel Mayer, früherer Generalsekretär der Partei, Arbeitsminister und jetzt Präsident der Liga für Menschenrechte, Félix Gouin, früherer Ministerpräsident, Savary, ehemaliger Staatssekretär für Tunesien, Rosenfeld, langjähriger Chefredakteur des "Populaire", sowie von Prigent, ehemaliger Landwirtschaftsminister.

Neben dieser Gruppe, die entschlossen ist, den offenen Kampf

gegen den Verfassungsentwurf aufzunehmen, haben auch zahlreiche andere Persönlichkeiten der Partei für das "Nein" plädiert, darunter der frühere Sozialminister Albert Gazier und die Abgeordneten Gazier, Metayer und Coutant.

Es gibt jetzt also zwei Minderheitsgruppen in der SFIO. Erstens die Gruppe Depreux / Daniel Mayer, die entschlossen ist, den Kampf gegen die Verfassung und die allgemeine Politik der Partei öffentlich aufzunehmen und die sich wohl von der Partei trennen wird. Zweitens die Gruppe Gazier / Jaquet, die zwar zur Politik der Partei, besonders zum Verfassungsentwurf, "Nein" sagt, aber doch im Rahmen der SFIO tätig bleiben will. Gazier, Jaquet und andere Belegierte der gleichen Tendenz wurden trotzdem in den Parteivorstand gewählt, Gazier sogar mit 300 von 376 Stimmen (Mollet mit 317 Stimmen).

#### Unübersichtbare Auswirkungen

Die unmittelbaren Auswirkungen der Beschlüsse des SFIO-Kongresses auf die französische Arbeiterbewegung und die französische Öffentlichkeit sind noch nicht übersichtbar. Im Augenblick sind die Kommunisten die einzige grössere geschlossene politische Bewegung, die offiziell ihre Anhänger zur Ablehnung des Verfassungsentwurfes auffordert. Es hat auf dem Parteitag der Sozialisten nicht an warnenden Stimmen gefehlt, die gerade auf diesen Aspekt der politischen Krise Frankreichs hinwiesen. Es könne sehr gefährlich sein - so sagte man - den Kommunisten allein das Feld zu überlassen, auf dem die Demokratie verteidigt werden müsste. Sie könnten sich damit bei vielen Arbeitern, die heute noch nicht kommunistisch wählen, den Anschein von Demokratie geben. Das Gegenargument lautete, man dürfe eine solche Meinung überhaupt nicht erst aufkommen lassen...

Dieses eine Beispiel zeigt, wie viele Probleme im Zusammenhang mit den aktuellen politischen Entscheidungen wie Verfassung und Algerienproblem gesehen werden müssen.

Inzwischen ist die Staatspropaganda für das "Ja" zum Verfassungsentwurf eingelaufen. In Algerien hat die Armee die Sache in die Hand genommen, und in Frankreich selbst prangen seit dem letzten Wochenende überdimensionale Plakate mit der Trikolore an den Hauswänden und Plakatflächen. Die Aufschrift lautet: "Oui, à la France" - Ja zu Frankreich.

+ + +

Die Sorgen der Gemeinden

Die VI Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD -  
Gemeindenot ist Jedermanns-Not

rd.-Mainz

Wer nur einfach zu Hause das Licht andreht, den Wasserhahn öffnet, den Gasherd in Betrieb nimmt, Bus oder Straßenbahn besteigt, seinen Wagen auf den Straßen parkt, ahnt nicht, in welchem Sorgenkreis der Gemeinden er damit eintritt. Vollends der, der über den Schichtunterricht in den Schulen klagt, der auf das Wohnungsamt schimpft, das ihm seit Jahren kein Dach über dem Kopf zu schaffen mochte, wer im Krankenhaus keine Aufnahme mehr fand, der hat zwar erleidend; wenn auch meist trotzdem nicht erkennend, die brennendsten Sorgen der Kommunen verspürt. Ihm müßte die Wahrheit der Erkenntnis aufgehen: Gemeindenot ist Jedermanns-Not!

Eine nach dem Zusammenbruch die Länder, Zonen und schließlich der Bund entstanden, haben die Gemeinden die Aufgaben der materiellen Versorgung ihrer Bevölkerung in Angriff nehmen müssen. Sie haben allein die Sorgen und die Kosten getragen. Aber längst entstand nun der Bund, sein Grundgesetz, sein Parlament und seine Regierung. Er verpflichtete sich, sozusagen im Wege der Wiedergutmachung und des Lastenausgleichs, den Gemeinden diejenigen Mittel zur Verfügung zu stellen, die nötig waren, um neben dieser Vorsorge für die nackte materielle Existenz anstehende soziale Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Verpflichtung hat der Bund bis heute nicht erfüllt.

Bittere Anklage

Die Gemeinden erheben bittere Anklage. Sie fand ihren Ausdruck auf der VI Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD, die in diesen Tagen in Mainz stattfand. Von den 42 000 ehrenamtlich in den Kommunen tätigen Sozialdemokraten hatten sich 1 600 hier eingefunden; mit ihnen Stadtdirektoren, Oberbürgermeister, Senatoren, technische Werkleiter, Stadträte usw. - und sie alle klagten an.

Vier Millionen Wohnungen fehlen noch im Bundesgebiet. Das sind 1,6 Millionen mehr als die offizielle Statistik sagt, die den Verfall der Altkäuser und ihren Ersatz, die wegen Wohnungsmangel nicht geschlossenen Ehen, den anhaltenden Flüchtlingsstrom nicht in ihre Bedarfsschätzung einbezieht. Doch anstatt diese Lücke zu schließen, kürzt der Bund die Mittel für den sozialen Wohnungsbau, begünstigt er mit den verbleibenden Mitteln einkommensstarke und begüterte Schichten, läßt er die Baulandpreise ins Unermeßliche steigen und zerstört so bei den unbemittelten Wohnungssuchenden die Hoffnung und das Vertrauen auf die sozialen Verpflichtungen des Staates und der Gemeinden.

Der Hilfe beim Schulbau - und für den Wiederaufbau kriegs-

zerstörter Schulen hätte der Bund einzustehen - hat sich der Bund bisher entzogen. Allein hier bestünden Verpflichtungen in Höhe von rd. 600 Millionen DM. Einen Antrag der SPD im Bundestag, eine erste Rate von 250 Mill. DM in den Haushalt einzustellen, haben die Regierungsparteien im zweiten Bundestag abgelehnt. Für den Neubau der Schulen, gemäß der wachsenden Bevölkerung, haben die Gemeinden allein einzustehen. Auch hier fehlen die Mittel, desgleichen für Turnhallen, Arbeitsräume, Spielplätze, für die Stätten der Erwachsenenbildung und die Pflege der Kultur. Die Einwohnerzahlen wachsen schneller - und damit der Baubedarf - als die Finanzen.

#### Wachsendes Verkehrschaos

Ein schier unlösbares Problem stellt der Verkehr. Der wachsende "Individual-Verkehr" mit dem eigenen Motorfahrzeug verstopft die Straßen; zu meisten dadurch, daß er sie als Lagerraum, als Parkplatz, benutzt und den fließenden Verkehr behindert. Aber großzügige Bau- und Verkehrsplanung und die Beschaffung des notwendigen Baugrundes, ist eine Frage der Bodenpreise, der vorhandenen Finanzen, der gesetzlichen einheitlichen Grundlagen für die Baulandbeschaffung und damit dem guten Willen der Gemeinden allein entzogen.

Noch immer bewältigt der öffentliche, meist gemeindeeigene Verkehr mit Bus und Straßenbahn 2/3 bis 3/4 des städtischen Verkehrs. Doch diesen Verkehr hat die Kostenentwicklung aus der Preistreiberei in unserer Wirtschaft zu einem besonderen Sorgenkind der Kommunen gemacht. Die Grenzen der Verkehrstarife sind zumeist erreicht, sogar schon überschritten. Sie drängen die Bevölkerung auf den "Individualverkehr" ab, der die Straßen noch mehr verstopft und neue zusätzliche Straßenbaukosten verursacht. Hier heißt sich die Katze in den Schwanz. Teilweise werden schon heute die aus den Verkehrstarifen nicht gedeckten Kosten, im Wege des Lastenverbundes von den Verbrauchern von Strom, Gas und Wasser getragen, die so den öffentlichen Verkehr subventionieren. Selbst Rationalisierung und Modernisierung der Verkehrsmittel scheint hier keinen Ausweg mehr zu ermöglichen und die völlige Umgestaltung, den Verkehr unter Pflaster, Hochbahnen, die andere Verkehrsfrequenzen und dadurch rationelleren Betrieb zulassen, nötig zu machen. Aber gerade das erfordert ungewöhnlich hohe Mittel.

#### Eigene Finanzquellen reichen nicht aus

Nicht weniger Sorgen haben die Kommunen im sozialen Bereich. Man denke an den Bau von Krankenhäusern, Alters- und Jugendheimen, Kindertagesstätten und die öffentliche Fürsorge. Insgesamt wird der überschaubare Finanzbedarf der Gemeinden und Gebietskörperschaften von Fachwissenschaftlern auf rd. 40 Mrd. DM geschätzt. Dieser Finanzbedarf ist der Generalnenner, unter dem

sich alle Sorgen der Kommunen vereinen. Bei ihm liegt auch der Schwerpunkt der Anklage gegen den Bund, der die Lasten aus dem unseligen Krieg und seinen immer noch nachwirkenden Folgen - siehe das Flüchtlingsproblem - ohne Lastenausgleich den Gemeinden überließ.

Die eigenen Finanzquellen der Gemeinden reichen für die wachsenden Aufgaben nicht mehr aus. Die Grundsteuern, bemessen nach einem Steuerwert, den die spekulativen Grundstückspreise längst um ein mehrfaches überrundet, haben mit dem Bevölkerungszuwachs und den daraus entstehenden Kosten nicht Schritt gehalten. Gegen die Gewerbesteuern, die einzigen, die mit dem Preisniveau Schritt halten, wird von den Verfechtern einer falschen Mittelstandspolitik, den Wirtschaftsverbänden und ihren politischen Vertretungen scharf geschossen. Sie übersehen die Gefahr, die selbst dem Gewerbe droht, wenn die gemeindliche Versorgung mit Strom, Gas und Wasser, die Aufrechterhaltung guter Verkehrswege nicht mehr gesichert werden kann.

Auch die Konzessionsabgaben der öffentlichen Unternehmen, ihre Tarife für Gas, Wasser und Strom, stehen unter Beschuß, vorwiegend durch die kontrollierenden Organe des Bundes und der Länder, die Wirtschaftsministerien und bedrohen die Finanzkraft der Gemeinden. Ersatzweise bietet man ihnen für die drohenden Ausfälle die Bürger- oder Personalsteuer an. Doch die Kommunalpolitiker lehnen kategorisch ab, da solche Steuer arm und reich gleichmäßig und somit unsozial belastet.

#### Verschuldungsfähigkeit erreicht

Schon heute haben die Gemeinden mit einer Neuverschuldung von rd. neun Mrd. DM die Grenze ihrer Verschuldungsfähigkeit erreicht. Sie fordern daher gerechten Anteil am gesamten Steueraufkommen. Sie wollen dritter Steuerpartner, nicht Almosenempfänger des Bundes und der Länder sein. Sie fordern - und diesem Vorlangen hat sich die VI. Kommunalpolitische Konferenz der SPD angeschlossen - Bundesparlament, Bundesregierung und Bundesrat sollen baldigst das von den kommunalen Spitzenverbänden vorgeschlagene Reformprogramm für die Verbesserung der kommunalen Finanzen beraten. Die 1948 getroffene Regelung zur Ausstattung der Gemeindefinanzen ist falsch konstruiert, das ist ihre einheitliche Meinung. Es muß wieder allgemeine Erkenntnis werden und nicht nur stehender Teil von Festreden und damit leere Phrase, daß

Nur gesunde Gemeinden eine Garantie geben für einen  
gesunden Staat.

+ + +



Absage an Gewerkschaftsspalter

sp - Eine bemerkenswerte Tagung von 350 christlichen Gewerkschaftsfunktionären, zusammengerufen aus dem ganzen Bundesgebiet und einberufen vom Hauptvorstand der IG-Bergbau, hat am Wochenende in der Metropole des Ruhrgebietes, Essen, stattgefunden. Die Gewerkschaftler verwarnten sich ganz entschieden gegen jede Einmischung in Gewerkschaftsangelegenheiten von aussen. Das Vorstandsmitglied des IG-Bergbau, Franz Pott, sprach von einem "wohlorганиzierten Ansturm gegen den deutschen Gewerkschaftsbund." Es bedarf nicht grossen Rätselratens, von welchen Kräften dieser Ansturm geführt wird. Es sind die Leute um den CDU-Abgeordneten Winkelheide, deren der Gedanke der gewerkschaftlichen Einheit schon lange ein Grauel ist, und die schon seit vielen Jahren versuchen, Sprengminen an Gebäude des DGB anzulegen. Sie hatten bisher keinen Erfolg damit, ihre Schöpfung "christliche Gewerkschaft Deutschlands" erwies sich als ein gründlicher Fehlschlag, obwohl die Gründung dieser Spaltengewerkschaft unter der Patronanz hoher klerikaler Stellen erfolgte. Winkelheide und seine Hintermänner wollen aber immer noch nicht aufgeben, sie bestehen auf der Einberufung eines "christlichen Arbeiterkongresses", der die Spaltung beilegen soll. Das Veto der 350 Gewerkschaftsfunktionäre des IG-Bergbau ist unüberhörbar, sie stellen sich entschieden gegen die Einberufung eines derartigen Kongresses, weil sie mit Recht davon eine Zersplitterung der gewerkschaftlichen Schlagkraft befürchten.

Um die öffentliche Diskussion um den DGB hat sich nun auch mit einem bemerkenswerten Artikel in der "Neuen Gesellschaft" der Vorsitzende der IG-Metall, Brenner, eingeschaltet. Die Sache der deutschen Arbeitnehmer, schreibt Brenner, könne nicht schwerer geschädigt werden, als durch die Spaltung der Gewerkschaften, oder durch ihre politische Gleichschaltung. Dem Vorwurf, die Gewerkschaften seien von der SPD abhängig, begegnete Brenner mit dem Satz: "Wenn die politische Berührung zwischen Gewerkschaft und SPD grösser ist als zwischen Gewerkschaft und Regierungsparteien, denn liegt das nicht daran, dass die Gewerkschaften sozialdemokratische Politik machen, sondern daran, dass auch die Politik der SPD in erster Linie von den Interessen der Arbeitnehmer bestimmt wird ..."

An dieser Feststellung ist nicht zu rütteln, sie trifft ins schwarze. Die deutschen Arbeitnehmer, zusammengeschlossen im DGB, wissen, was sie an ihrer gewerkschaftlichen Einheit haben. Sie werden es nicht gestatten, dass diese kostbare Errungenschaft wieder zerschlagen wird.

+ + +

Japan als Beispiel

sp - Mit Deutschland hat Japan die Stationierung amerikanischer Truppen auf seinem Boden gemeinsam. Diese Truppen, zum Schutz Japans gegen einen russisch-chinesischen Angriff gedacht, wurden zu einem grossen Teil jetzt nach Formosa abgezogen. Das hat in Japan recht böses Blut hervorgerufen. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung musste die japanische Regierung in Washington auf Verhandlungen mit dem Ziel drängen, Tokio ein Veto-Recht abzugestehen, wenn USA-Truppen aus Japan in einem Konflikt eingesetzt werden, der japanische Interessen nicht berührt und Japan selbst in eine gefährliche Lage bringen kann. Das ist unzweifelhaft bei dem Konflikt um die dem Festland China vorgelagerten Inseln der Fall. Besteht hier nicht eine Parallele zu der Entsendung von USA-Truppen von bundesrepublikanischen Boden aus bei der Krise um Jordanien und dem Libanon? Allerdings gibt es einen Unterschied - einen entscheidenden sogar: Die Bundesregierung liess damals erklären, sie fände das ganz in Ordnung, im übrigen könne sie auch nichts dagegen machen. Die japanische Regierung gibt nun ein Beispiel dafür, wie man handeln muss, wenn das eigene Volk in Konflikte verwickelt zu werden droht, die es nichts angehen. + + +